

12. Kinder- und Jugendbericht

Am 9. März 2006 hat der Bundestag den von der Bundesregierung vorgelegten „Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und die Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland“ beraten.

Kinder brauchen mehr als Windeln

Die zentralen Eckpunkte des Berichts sind Bildungs- und Erziehungsprozesse im frühen Kindesalter und im Schulalter sowie deren Umsetzung durch die Kinder- und Jugendhilfe. Hier hat Deutschland, besonders die alten Bundesländer, laut Bericht erheblichen Nachholbedarf. Unter dem Motto „Kinder brauchen mehr als Windeln“ wird die Notwendigkeit eines erweiterten Bildungsverständnisses unterstrichen, das sich neuen Inhalten und

Lernorten öffnet. Familie und Kindergarten dürfen nicht die einzigen Orte der Erziehung und Betreuung bleiben. Darüber hinaus wird im Bericht der Ausbau der Ganztagsbetreuung in den Schulen gefordert. Kinder und Jugendliche müssen als lernfähige, selbstbestimmte und eigenverantwortliche Persönlichkeiten verstanden und auch so gefördert werden. Darauf muss die Politik eingehen und ein durchgehendes Bildungs-, Betreuungs- und Erziehungsangebot bereitstellen.

Bildung ist mehr als Schule

Die SPD-Bundestagsfraktion hält an einer nachhaltigen Familienpolitik und dem Ausbau der Betreuung im frühen Kindesalter fest. Hierbei müssen sich die Eltern auf Unterstützung gerade im ersten Lebensjahr verlassen können. Ein erster wichtiger Schritt ist die Einführung von Elterngeld, um die Förderung der Kinder durch die Familie zu erleichtern.

Mehr Sicherheit bei Pflanzenschutzmitteln

Mit dem Gesetz zur Änderung des Pflanzenschutzgesetzes schließen wir eine Rechtslücke und schaffen mehr Rechtssicherheit im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln: Mittel, die in einem anderen Mitgliedstaat der EU bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums zugelassen sind und mit einem in Deutschland zugelassenen Mittel übereinstimmen, können nun angewendet werden, wenn die Identität durch das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit bestätigt worden ist.

Hohe Sicherheitsstandards

Dies verbessert den Wettbewerb auf dem Pflanzenschutzmittelmarkt. Preiswertere Generika können eingesetzt werden und hohe Sicherheitsstandards im Umgang mit Pflanzenschutzmitteln werden gewährleistet. Denn nicht nur die in den Pflanzenschutzmitteln enthaltenen Wirkstoffe müssen geprüft und zugelassen sein, sondern auch deren spezielle Formulierung und Anwendungsbedingungen für die Praxis. Negative Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt sollen damit ausgeschlossen bleiben. Bisher wurden solche „Parallelimporte“ ohne Prüfung oder Anmeldung in den Verkehr

gebracht. Die Länder bekommen mit der Gesetzesänderung die notwendige Handhabe, um die Warenströme kontrollieren zu können.

Weiteres Gesetz in Vorbereitung

Das Gesetz wurde wegen dringender Umsetzungsfristen vorgezogen. Ein weiteres Gesetz zur Änderung des Pflanzenschutzgesetzes wird derzeit vorbereitet, um die Modalitäten der Dokumentation von Pflanzenschutzanwendungen neu zu regeln: Im Interesse des Naturschutzes sollen Aufzeichnungen über den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln vorgeschrieben werden.